

Das Scheitern an den Klimazielen

Mobilität. Der WWF hat einen Aktionsplan zum Klimaschutz vorgelegt. Die Finanzierung ist völlig offen

VON ANDREAS ANZENBERGER

Die CO₂-Emissionen sind in der EU von 2016 auf 2017 um 1,8 Prozent gestiegen. In Österreich betrug der Zuwachs sogar drei Prozent. Eine der Ursachen dafür ist die gute Konjunktur.

Der World Wildlife Fund (WWF) hat eine neue Studie zum Klimaschutz präsentiert. Die Umsetzung der darin aufgezählten Vorgaben ist die Voraussetzung dafür, dass Österreich die Klimaziele

einhalten kann. „Wir brauchen eine ganz grundlegende Wende im Mobilitätsbereich“, sagt WWF-Klimasprecher Karl Schellmann. Ob es dafür auch eine politische Mehrheit geben wird, ist allerdings mehr als ungewiss.

Ab 2025 soll laut WWF die **Neuanmeldung von PKW mit fossilem Brennstoffen** nicht mehr möglich sein. Doch E-Autos sind in der Anschaffung deutlich teurer. Dazu kommt, dass die Kapazität vieler Hausanschlüsse für das

Aufladen der E-Autos nicht ausreicht. Für den Leitungsausbau fallen ebenfalls zusätzliche Kosten an. Wegen der Haus-Zustellung von Einkäufen im Internet boomt die Zustellung per Transporter.

Natürlich ist in den Zielvorgaben laut Schellmann auch **weniger individuelle Mobilität und mehr öffentlicher Verkehr** vorgesehen. Am selben Tag wie die Studienpräsentation hat der Städtebund die Gründung eines milliardenschweren Infrastruk-

turfonds für den öffentlichen Verkehr verlangt. Allein die Landeshauptstädte würden nur für den Betrieb der Öfis jährlich zusätzlich 160 Millionen Euro benötigen. Die U-Bahn in Wien etwa ist in den Stoßzeiten an der Kapazitätsgrenze angelangt.

Der Ruf nach einer **ökosozialen Steuerreform mit Lenkungseffekten** ertönt in Österreich schon länger. 1989 hat die ÖVP unter ihrem damaligen Obmann Josef Riegler ein Konzept für die „Ökosoziale

Marktwirtschaft“ beschlossen. Die Grünen verlangen seit Jahren eine „ökosoziale Steuerreform“.

Eine **Raumplanung der kurzen Wege** soll dafür sorgen, dass bis 2050 die jährlich gefahrenen Kilometer um 25 Prozent sinken. In den Ballungszentren wie Wien sind die Wohnkosten bei Neukauf oder Neuvermietung explodiert. Viele sind froh überhaupt eine leistbare Wohnung gefunden zu haben. Egal ob sie in der Nähe des

Arbeitsplatzes ist oder nicht. Der Umzug in den sogenannten Speckgürtel rund um Wien sorgt für mehr Pendlerverkehr. Der Wocheneinkauf wird nach wie vor mit dem Auto im Supermarkt erledigt.

Der **Bahnausbau mit Hochgeschwindigkeitstrassen in alle Nachbarländer** soll kürzere Flugreisen ersetzen. Wegen den Sparplänen der Regierung wurden teure Infrastrukturprojekte der ÖBB auf einen späteren Termin verschoben.



Vor allem beim Verkehr sieht der WWF ein großes Sparpotenzial für den Klimaschutz. Seit 1990 haben in diesem Bereich die Treibgas-Emissionen um 60 Prozent zugenommen

Transporteure fordern Millionen an Maut zurück

„Abzocke“. Laut Studie haben heimische Lkw- und Bus-Betreiber rund eine Milliarde zuviel gezahlt

Sind die derzeit für Lkw und Autobusse gültigen Mautsätze gerechtfertigt? Das fragt sich Alexander Klacska, Obmann der Bundessparte Transport und Verkehr in der WKO. Die Branche habe schon länger das Gefühl, dass sie zu hohe Tarife zahle, nun sei das durch eine eigens in Auftrag gegebene Studie bestätigt worden, sagt Klacska.

Laut Studie hätten die Mauttarife ab 2014 deutlich absinken müssen, da diese stark von den Kreditzinsen abhängen und die Zinsen seither stark gesunken sind.

Dies sei vom Verkehrsministerium beziehungsweise der Asfinag offenbar nicht weitergegeben worden, weshalb die Branche allein 2015 und 2016 rund 540 Millionen Euro zuviel gezahlt habe. Seit 2008 sollen es sogar 836 Millionen Euro gewesen sein, andere Berechnungen kommen auf 1,3 bis 1,5 Milliarden Euro.

Drastische Worte findet Peter Topper, Geschäftsführer des Fachverbands Güterbeförderungsgewerbe. „Die Mautzahler sind mit überhöhten Tarifen nach Strich und Faden betrogen und ab-

gezockt worden.“ Die Branche habe keine Möglichkeit, sich zu helfen, da ihr keine Auskunft über die Berechnung der Mauttarife gegeben werde. Es handle sich um eine bewusste Verschleierung, Maut werde als Selbstbedienungsladen für die Budgetbeschaffung gesehen.

Rechtliche Schritte

Topper bezweifelt, dass die Tarifberechnung EU-konform ist und kündigt weitere Schritte, wie den Gang vor den Europäischen Gerichtshof, an. Die Branche fordert

eine transparentere Berechnung sowie die Rückzahlung der Überzahlung. Diese solle für Aus- und Weiterbildung verwendet werden, um dem Fahrermangel zu begegnen.

Für die Infrastrukturgesellschaft des Bundes ist die Kritik nicht nachvollziehbar: „Die Berechnung der Mauttarife erfolgt auf Basis der rechtlichen Vorgaben wie der EU-Wegekostenrichtlinie und des Bundesstraßenmautgesetzes“, so die Asfinag. Vom Verkehrsministerium gab es bis Redaktionsschluss keine Antwort. – **THOMAS PRESSBERGER**

Ex-VW-Chef Winterkorn drohen in USA 25 Jahre Haft

Dieselskandal. Das US-Justizministerium will nun auch den früheren VW-Konzernchef Martin Winterkorn wegen angeblicher Mittäterschaft beim Abgasskandal strafrechtlich belangen. Dem 70-Jährigen werden Betrug sowie Verschwörung zum Verstoß gegen Umweltgesetze und zur Täuschung der Behörden vorgeworfen. Am Freitag wurde ein Haftbefehl erlassen. „Wer versucht, die USA zu betrügen, wird einen hohen Preis bezahlen“, so US-Justizminister Jeff Sessions. Winterkorn drohen bis zu 25

Jahre Haft. Die US-Ermittler gehen davon aus, dass Winterkorn über die Abgasmanipulationen informiert wurde. Er habe dann mit anderen Führungskräften entschieden, die illegale Praxis fortzusetzen.

Der Ex-VW-Chef schweigt zu den Vorwürfen. Eine Auslieferung in die USA schließt das deutsche Grundgesetz aus. Winterkorn sollte Deutschland aber nicht verlassen, um nicht von einem anderen Land aus ausgeliefert zu werden. Die Ermittlungen gegen ihn in Deutschland laufen indes weiter.

KOLUMNE

Wirtschaft von innen



ANDREA HODOSCHEK

Ex-Finanzminister Schelling steigt bei Möbel-Start-up ein

Back to the roots: **Hans Jörg Schelling** startete seine Karriere als Manager und Unternehmer im Möbelhandel, dorthin zieht es ihn jetzt wieder zurück. Allerdings engagiert er sich nicht mehr im konventionellen Möbelgeschäft, sondern steigt ins digitalisierte Business ein. Der ehemalige ÖVP-Finanzminister hat sich vor Kurzem an der Technologie-Plattform Roomle GmbH beteiligt. Vorerst im einstelligen Prozentbereich, aber mit einer Option, seine Anteile aufzustocken.

Roomle bildet reale Möbel in der digitalen Welt ab. Die Nutzer der Plattform können Möbel aussuchen, konfigurieren und in 3-D-Darstellung in den Räumen, die für sie ge-

dacht sind, visualisieren. Die Branche brauche „einfache, intuitive und zukunftsorientierte Lösungen für Endkonsumenten, die den gesamten Prozess für Händler und Hersteller sauber abbilden“, erklärt Schelling. Er ortet mit der Digitalisierung für die um jeden Euro in einem beinhaltenen Wettbewerb kämpfende Möbelbranche neue Chancen und Geschäftsfelder.

Gemeinsam mit Schelling hat **Johannes Artmayr** bei Roomle angedockt, Chef der Strasser Steine. Das Mühlviertler Unternehmen ist der größte Produzent von Küchenarbeitsplatten aus Naturstein in Mitteleuropa.

Roomle kann finanzielle Stärkung samt fachlicher Expertise gut brauchen. Das 2014



Ex-ÖVP-Politiker Hans Jörg Schelling richtet sich neu ein

gegründete Start-up schrieb in der Bilanz 2016 (aktuelle Daten sind nicht zugänglich) einen kumulierten Anlaufverlust von 1,87 Millionen Euro. Es wurde eine positive Fortbestandsprognose erstellt, die laufenden Verbindlichkeiten könnten laut Finanzplanung zuverlässig bedient werden, heißt es zur Bilanz.

Der awis Gründerfonds des Wirtschaftsministeriums hat in das Start-up-Risikokapital investiert und hält die Sperrminorität mit knapp mehr als 25 Prozent. Einen kleinen Anteil hat der Medienexperte **Michael Grabner**. Mehrheits-eigentümer mit 72 Prozent ist Roomle-Geschäftsführer **Albert Ortig**.

Nach eigenen Angaben hat die Plattform weltweit bereits mehr als zwei Millionen registrierte Nutzer und wächst monatlich um 100.000 App-Downloads.

Schelling war Geschäftsführer der Leiner/Kika-Gruppe, wechselte als Chef zu Möbel Lutz und baute das Familienunternehmen zum Marktführer aus. Als er in die Politik ging,

verkaufte er seine Anteile. Als Hobby-Winzer betreibt er seit einigen Jahren das Stiftsweingut Herzogenburg.

Vergangene Woche startete Schelling operativ sein Engagement als Berater des umstrittenen Pipeline-Projekts Nord Stream 2 des russischen Energie-Riesen Gazprom. Schelling hatte wie berichtet im April der Gazprom-Führung die endgültige Fassung seines Beratungskonzeptes präsentiert. Der ehemalige Chef des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger reaktivierte dafür seine UnternehmensberatungsgmbH. Schelling ließ sich außerdem ins Lobbying-Register eintragen. andrea.hodoschek@kurier.at